

Vorwort

Am 20. Januar 2021 trat Joe Biden sein Amt als 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika an, am 8. Dezember 2021 wurde Olaf Scholz zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

In der Wahrnehmung vieler Zeitgenoss(inn)en eröffneten diese beiden Amtswechsel die Möglichkeit eines politischen Aufbruchs in eine neue Ära.

Biden verband die von ihm proklamierte Rückkehr der USA zur Kooperation mit den Verbündeten im American Empire mit dem Anspruch auf eine erneuerte globale Führerschaft seines Landes. Er erteilte dem Chauvinismus und Rassismus seines Vorgängers eine Absage und wollte viele Milliarden Dollar für die Verringerung sozialer Ungleichheit, die Erneuerung der Infrastruktur und den Kampf gegen die Erderwärmung mobilisieren.

In Deutschland verabschiedeten Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD einen Koalitionsvertrag mit der Überschrift »Mehr Fortschritt wagen!« Sie verpflichteten sich zu einer sozialökologischen Modernisierung mit großen Investitionen für eine Klimawende und den Ausbau der Digitalisierung sowie eine Erneuerung des Sozialstaats.

Die Autor(inn)en des hier vorliegenden Bandes stellten sich die Aufgabe, die Realisierungsmöglichkeiten dieser Zukunftsprojekte zu überprüfen und die ersten Schritte, die dabei schon gegangen waren, zu beurteilen. Das Ergebnis fiel – gelinde gesagt – skeptisch aus.

In der Bundesrepublik sollte die sozialökologische Transformation ohne die Revision der in den vorangegangenen vier Jahrzehnten – insbesondere der von der Schröder/Fischer-Regierung (1998-

2005) – geschaffenen Tatsachen bewerkstelligt werden. Nach der Abrufung noch nicht in Anspruch genommener Kredite und dem Einsatz von Schattenhaushalten ist, da die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder andere Maßnahmen zwecks Umverteilung von oben nach unten tabu sind, eine weitere Belastung der Unter- und Mittelschichten der Lohnabhängigen wahrscheinlich. Die Koalition bekennt sich zum NATO-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Aufrüstung. In den USA korrigierte Biden Schritt für Schritt seine sozialpolitischen Ankündigungen nach unten.

Weltweit ist die gesellschaftliche Ungleichheit – wie Thomas Piketty wiederholt festgestellt hat – nahezu so hoch wie 1913. Es gibt weder in den USA unter Biden noch seit Beginn der Ampelkoalition Anzeichen dafür, dass sich daran etwas ändern wird. Im Gegenteil: Während der Corona-Pandemie ist die Kluft zwischen Arm und Reich noch breiter geworden. Durch sie hervorgerufene Verwerfungen fördern weiterhin Rassismus und Chauvinismus.

Längst hatte ein geopolitischer Umbruch begonnen: Die USA sehen ihre globale Hegemonie durch den Aufstieg der Volksrepublik China herausgefordert. Bei dem Versuch, ihm zu begegnen, aktivieren sie ein Bündnissystem im indo-pazifischen Raum. Zugleich wurde – in Revision von Trumps Politik – durch Biden im Westen die NATO wieder vitalisiert. Deren ständige Ost-Erweiterung nach 1990 ist von Russland als Einkreisung und Bedrohung wahrgenommen worden. Konflikte zwischen den Großmächten und ein neuer Rüstungswettlauf bestimmen die internationale Politik. Die grüne Außenministerin benutzte schon im Wahlkampf und dann vom ersten Tag ihrer Amtszeit an ein Kreuzzugs-Vokabular.

Dies war der Befund der hier versammelten Aufsätze. Redaktionsschluss war der 22. Februar 2022. Zwei Tage später griff die Russische Föderation unter Bruch des Völkerrechts die Ukraine an, einen seit 1991 selbständigen Staat, der Mitglied der UNO ist.

Am 27. Februar 2022 rief Kanzler Scholz im Bundestag eine Zeitenwende aus. Die russische Aggression wurde von Regierung, Parlament, veröffentlichter Meinung und – soweit sich das feststel-

len lässt – Bevölkerung einhellig verurteilt. Jenseits dieser Selbstverständlichkeit fragt sich, was daraus folgt. Eine Antwort von Scholz ist – unter anderem – Militarisierung nicht nur der deutschen Außen-, sondern auch der Fiskalpolitik. Die NATO-Norm für Rüstungsausgaben – zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt – soll zwischenzeitlich überboten werden. Der aktuelle Militärhaushalt wird durch ein »Sondervermögen Bundeswehr« in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgestockt. Zu diesem Zweck soll das Grundgesetz geändert werden. Deutschland erklärt sich damit zunächst für die Dauer der gegenwärtigen Situation zu einem fiskalischen Kriegsführungsstaat (warfare-state). Die Geschwindigkeit, mit der nur drei Tage nach dem russischen Angriff recht detaillierte Aufrüstungspläne angekündigt wurden, macht evident, dass sie schon länger gut vorbereitet gewesen sein müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies der Beginn einer langfristigen Einreihung der Bundesrepublik an der Seite der USA in eine neue globale Konfrontation ist, die sich perspektivisch nicht nur gegen Russland, sondern vor allem gegen China richtet. Trump, Biden und die deutsche Außenministerin Baerbock hatten dieses Land schon vor dem 24. Februar zum Hauptfeind für den so genannten »Westen« erklärt.

Was wird also auf den Krieg um die Ukraine folgen? Dabei wird auch die Frage entschieden werden, welche Rolle Deutschland und die EU in einem solchen globalen Showdown und in den bevorstehenden Kämpfen um die Weltordnung spielen werden.

Seit Februar 2022 sind die ambitionierten Programme für eine sozialökologische Wende in Deutschland de facto ausgesetzt. Die angekündigten Milliarden zur Bekämpfung der Erderwärmung werden langfristig wohl für die Finanzierung des forcierten Rüstungswettlaufs umgewidmet werden. Ähnliches dürfte auch für den von Biden in den USA, von der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in Europa und von der Ampelkoalition in Deutschland propagierten Green New Deal gelten. Nunmehr ist die Welt in eine Situation zurückgeworfen, in der sie sich 1914 und 1939 befand – auf einem unvergleichlich höheren Niveau des Vernichtungspotentials.

Die neuen Farben des Fortschritts, die seit 2021 aufgetragen wurden, taugen nicht einmal mehr als Make up, auch wenn der Bundeskanzler am Ende seiner Rede vom 27. Februar an der raschen Erreichung von CO₂-Neutralität festhielt: als Teil der neuen Strategie, von russischen Energie-Lieferungen möglichst unabhängig zu werden. Wenn drei Wochen später der Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck in Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten über den Kauf von Flüssiggas verhandelte, machte er klar, dass die »wertebasierte« Außenpolitik Annalena Baerbocks gegenwärtig vor seinem Ressort Halt zu machen hat und die Entkarbonisierung zumindest für eine Übergangszeit noch etwas warten muss. Beides verband er mit der Ankündigung, man wolle mit den dortigen Regierungen auch über eine Partnerschaft bei der Entwicklung von Wasserstoff-Energie verhandeln. Was die Menschenrechte angeht, mag er auf eine Art Wandel durch Annäherung hoffen.

Die von Scholz am 27. Februar 2022 ausgerufenen Zeitenwende steht am Ende einer vierzigjährigen neoliberalen Wendezeit. Der nur auf den ersten Blick als abrupt erscheinende Umschlag hatte Voraussetzungen: Es sind die Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelösten Krisen der Gegenwart, die sich nun katastrophal zu entladen drohen. Dieses Buch beschäftigt sich in seinen Einzelbeiträgen mit der Vorgeschichte dessen, was jetzt geschieht.

Die Autor(inn)en und Herausgeber dieses Bandes widmen ihn Jürgen Harrer in Erinnerung an jahrzehntelange Zusammenarbeit und in der Hoffnung, dass der PapyRossa Verlag auch in Zukunft erfolgreich zur Aufklärung des gesellschaftlichen Bewusstseins beitragen kann.

Frank Deppe, Georg Fülberth, André Leisewitz